

Liebe Friedensfreund*innen,
liebe Kolleg*innen,
sehr geehrte Hamburger*innen,

75 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs erleben wir gegenwärtig zeitgleich mehrere schwere Krisen.

Dabei ist jede der gegenwärtigen Krisen schon für sich bedrohlich. Und es gibt zwischen diesen Krisen Zusammenhänge, die wir erkennen und beachten müssen. Im Schatten der Corona-Krise stehen Klima-Krise, Hunger, Armut, wachsende Ungleichheit und menschliches Leid durch Gewalt und Krieg. In mehrererlei Hinsicht bedingen diese Krisen einander.

Als Gewerkschaft ver.di, nehmen wir neben unserem arbeits- und sozialpolitischen Mandat auch den gesellschaftspolitischen Auftrag für Frieden, Demokratie und Menschenrechte wahr.

Ausgangspunkt ist ein erweitertes und auch ein historisch untermauertes Verständnis von Sicherheit, das neben sozialer Sicherheit auch physische Sicherheit umfasst – sodass alle Menschen selbstbestimmt und würdevoll von guter Arbeit leben können, gegen die Risiken des Lebens wie Krankheiten, Unfälle und im Alter abgesichert sind, für sich und ihre Angehörigen angstfrei Zukunftsperspektiven wahrnehmen und ihre Persönlichkeit entfalten können. Denn das hängt alles miteinander zusammen.

Die Pandemie hat mit einem Schlag offengelegt, wie verletzlich unser Zusammenleben ist und wie sehr wir über alle Grenzen hinweg voneinander abhängig sind. Nicht nur, weil binnen kürzester Zeit globale Lieferketten unterbrochen wurden und hierzulande scheinbare Selbstverständlichkeiten wie Desinfektionsmittel oder medizinische Schutzkleidung von einem Tag auf den anderen nicht mehr ausreichend verfügbar waren.

Sondern auch weil ein neues Virus, gegen das kein Mensch auf dem Planeten immun ist weder Herkunft, Nationalitäten noch Grenzen kennt, sich nicht mit nationalen Alleingängen bekämpfen lässt sondern ein weltweites solidarisches Handeln erfordert.

Gleiches gilt übrigens für den Klimawandel, der ja nur eine Kurzformel darstellt für die Gefährdung der Überlebensbedingungen der Menschheit durch Übernutzung der natürlichen Ressourcen und Überschreiten der Grenzen planetarischer Tragfähigkeit.

Diese Herausforderungen und Bedrohungen lassen sich nur gemeinsam, in solidarischer und friedlicher Kooperation bewältigen.

Doch mitten in der Corona-Pandemie plant die Verteidigungsministerin den Kauf von 93 Eurofightern von Airbus sowie von 45 F-18-Kampfflugzeugen des US-Herstellers Boeing. Es geht um künftige Trägersysteme für die US-Atomwaffen in Deutschland.

Die Gesamtkosten der insgesamt 138 neuen Kriegsfieger einschließlich der Kosten für Bewaffnung, Wartung, Treibstoff und weiteren Anpassungen werden mehrere Dutzend Milliarden Euro betragen.

Nuklearwaffen stellen die Spitze des Potenzials gegenseitiger Zerstörung und Vernichtung dar, grausamer ist fast nicht mehr vorstellbar.

Ihre Aufrüstung bedeutet, dieses Zerstörungs- und Vernichtungspotenzial in besonderem Maße zu steigern. Doch statt sich dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt zu nähern, würde Deutschland mit dem Kauf neuer, atomwaffenfähiger Kampfflugzeuge den Pfad der nuklearen Abrüstung verlassen. Und das in einer Zeit, in der erst die USA und dann Russland den für die europäische Sicherheit so wichtigen INF-Vertrag zur Begrenzung von landgestützten Mittelstreckensystemen aufgekündigt haben.

Die Milliarden, die für Anschaffung und Betrieb der Atomwaffenträger notwendig sind, wären besser investiert in unser Gesundheitswesen, in Forschung und Entwicklung von Medikamenten, Impfstoffen und in die Unterstützung anderer Staaten in der Bekämpfung der Pandemie.

Statt in Potenziale gegenseitiger Zerstörung und Vernichtung zu investieren und so die Spirale gegenseitiger Furcht und Bedrohung zu steigern, muss alles getan werden, um Misstrauen abzubauen, Dialoge zu führen, Vertrauen aufzubauen und Kooperation zu stärken.

Aufrüstungsbefürworter argumentieren oft damit, dass mit potenteren Waffensystemen mögliche Angreifer wirksamer abgeschreckt werden könnten.

Doch auf der anderen Seite wird die vermeintlich wirksamere Abschreckung wiederum als Bedrohung erlebt – und der Schritt liegt nahe, dass die andere Seite darauf ihrerseits mit weiterer Aufrüstung reagiert. So entstehen Teufelskreise immer weiterer Aufrüstung mit immer größeren Vernichtungspotenzialen – von mehr Sicherheit kann dabei für keine der beteiligten Seiten die Rede sein, es wird nur immer mehr Geld, Energie und

Lebenskraft für Zerstörungs- und Vernichtungsmittel verausgabt, an denen kein vernünftig denkender Mensch ein Interesse haben kann.

Frieden lässt sich nicht sichern, indem immer aufwändigere und kostspieligere Drohpotenziale geschaffen werden.

Wir brauchen das Geld für das Gemeinwohl, für soziale Dienstleistungen, für Investitionen und besser bezahlte Arbeit, also auch für die Tarife unserer Mitglieder. Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, für Abrüstung und für gute Arbeitsbedingungen.

Wir wollen nicht akzeptieren, dass Corona-Nachtragshaushalte zur Aufrüstung genutzt werden. Wir sind dagegen, dass mittelfristig geplante Rüstungsausgaben vorgezogen werden. Denn es bedeutet den Rüstungsetat noch einmal um jährlich 20 Milliarden Euro zu steigern

Wir fordern eine Haushaltspolitik, die Abrüstung zur Priorität macht. Wir fordern ein klares NEIN zum 2-Prozent-Aufrüstungsziel der NATO.

Wir wollen in Frieden gut leben und arbeiten. Deshalb sind wir für Abrüstung. Deshalb sagen wir NEIN zu höheren Rüstungsausgaben. Wir sagen NEIN zur Stationierung von Atomwaffen in Deutschland. Wir sagen NEIN zur nuklearen Teilhabe der Bundesrepublik.

Vor zehn Jahren sprach sich der Bundestag mit sehr breiter Mehrheit für atomare Abrüstung aus. „Deutschland muss deutliche Zeichen für eine Welt frei von Atomwaffen setzen“, so lautete die Überschrift. Das passt zu unserer gewerkschaftlichen Zielsetzung: „*Wir setzen uns für eine Welt ohne Atomwaffen ein.*“, so unsere ver.di-Grundsatzerklärung. Deshalb unterstützen wir die Forderung des SPD-Fraktionsvorsitzenden zur Beendigung der nuklearen Teilhabe der NATO.

Eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss sich daran orientieren, durch Diplomatie und die Unterstützung demokratischer Institutionen zur Friedenssicherung und Friedenserhaltung beizutragen. Insbesondere darf sich die EU nicht an militärischen Aktionen zur Rohstoffsicherung beteiligen. Die EU ist gefordert, sich für eine weltweite Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik einzusetzen.

Wenn wir auf einen Kurs wechseln wollen, der uns ein Leben, Arbeiten und Wirtschaften innerhalb eines „sicheren Handlungsraums für die Menschheit“ [\[5\]](#) erlaubt – und das müssen wir, wenn die Menschheit eine

längerfristige Überlebensperspektive haben soll –, wird das erhebliche Veränderungen unserer Mobilität, der Energieerzeugung und Verwendung, der Nahrungsmittelproduktion und vieler weiterer Bereiche erfordern. Dieser Kurswechsel wird nur möglich sein, wenn er mit Sicherheit für die Menschen einhergeht, Sicherheit im zuvor beschriebenen, weiteren Sinne.

Deshalb sagen wir:

Nein zu einer Erhöhung der Militärausgaben!

Nein zu Rüstungsexporten! Abrüsten statt Aufrüsten!

Für eine neue Entspannungspolitik jetzt!

Für ein Europa des Friedens und der Abrüstung!

Wir ermutigen unsere Mitglieder, engagiert Euch für Abrüstung, stärkt die Friedensinitiativen in Eurer Region, sprecht mit Nachbarn, Freunden und Abgeordneten.

Wir brauchen mehr Engagement und Mut für eine Umwandlung,
einer Umstellung der Produktion von Rüstungsgütern auf zivile Produkte,
wir brauchen Abrüstung statt Aufrüstung,
Abrüstung setzt Mittel frei für ein friedliches Leben, nicht nur hier, nein überall.
für eine friedliche Welt

Nie wieder Krieg und nie wieder Faschismus, dafür sind wir heute hier aus tiefster Überzeugung.